Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Anzeigenpreise: Die neunmal gespaltene Kompreßzeile oder deren Raum 50 Pf., für Familienanzeigen 30 Pf., für die Reklamezeile (anschließend an den textspaltigen Teil eines Textzeilen) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme nur wochentags von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2

Bezugspreise: frei Haus monatlich 2,50 RM (zahlbar im voraus), durch die Post 2,29 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, [illegible] Güterbahnhofstr. 2, Fernruf 17 200, [illegible] Dresden 15 600. Sprechstunden: Montags 16—18 Uhr allg. Sprechstunde, [illegible] 17—18 Uhr bäuerliche und arbeiterschul. Fragen, Freitags 15—17 Uhr [illegible] Sprechstunde.

6. Jahrgang | Dresden, Donnerstag den 19. Juni 1930 | Nummer 140

Heute spricht Genosse Heinz Neumann
19.30 Uhr, Gasthof Coßmannsdorf
Morgen im Gasthof Wölfnitz und Annensäle

Das fordern wir!

Nieder mit der Bürgerblockregierung!

Die Kommunisten stellten als erste, am 3. Juli, 12. Dezember und 7. Februar 1930 den Mißtrauensantrag gegen das volksparteiliche Bürgerkabinett. Die Nazis stimmten gemeinsam mit allen Kapitalistenparteien dagegen.

Arbeit und Brot für die Erwerbslosen!

Am 15. Juli 1929 forderten die Kommunisten, die im „Sofort-Programm" der Müller-Wissell-Regierung enthaltenen Verschlechterungen der Erwerbslosenfürsorge zu verhindern. Sie forderten weiter, vorläufig 10 Millionen Mark zur Unterstützung der ausgesteuerten Erwerbslosen auszuwerfen. Sie forderten Zurückziehung der Verordnung über sogenannten „ungerechtfertigten Bezug von Arbeitslosenunterstützung". Sie forderten Winterbeihilfe an alle Fürsorge- und Rentenempfänger sowie Erwerbslosen. Diese und weitere Anträge, das Los der Erwerbslosen zu mildern, wurden abgelehnt vom Bürgerblock, den Nazis und der „linken" SPD.

Für Siebenstundentag und Arbeitsbeschaffung!

Die Kommunisten forderten sofortige Inangriffnahme des Talsperrenbaues im Müglitz- und Gottleubatal, 50 Millionen für den Bau von Arbeiterwohnungen, Verbot von Ueberstunden bei Freiheitsstrafen für die Kapitalisten. Sie forderten das Verbot der Betriebsstillegungen von Hartmann-Chemnitz, der Kaiser-, Marien- und Glückaufschachte. Sie forderten Einführung des Siebenstundentages und der Vierzigstundenwoche bei der Reichsbahn bei vollem Lohnausgleich. Rückgängigmachung der erfolgten Entlassungen. Alle obengestellten Anträge wurden abgelehnt vom Bürgerblock, von den Nazis und der „linken" SPD.

Weitere Anträge auf Einführung des Siebenstundentages bei vollem Lohnausgleich, um damit den Erwerbslosen wieder Brot und Arbeit zu geben, sind bis heute noch nicht beraten worden. Der Landtagspräsident, der die Tagesordnung festzusetzen hat ist der „linke" Sozialdemokrat Weckel.

Brot für Rentenempfänger, Kriegsbeschädigte!

Die Kommunisten forderten, 5 Millionen den Bezirksfürsorgeverbänden für soziale Zwecke zur Verfügung zu stellen, einheitliche Regelung der Fürsorgerichtsätze in Sachsen nach den Grundsätzen der Besoldungsordnung Gruppe 12. Sie forderten, die von der Müller-Regierung befohlene schikanöse „Nachuntersuchung" bei den Kriegsbeschädigten einzustellen. Alle Anträge wurden niedergestimmt vom Bürgerblock, den Nazis und, mit Ausnahme des letzten Antrags, auch von der SPD.

Nieder mit dem Steuer- und Zollwucher!

Die Kommunisten forderten Befreiung der Kleinbauern und Pächter von der Einkommensteuer bis zu einer Ackernahrung, die als Existenzminimum einer Familie gilt und Beseitigung der Einkommensteuer für mitarbeitende Familienangehörige usw. Während diese und ähnliche Anträge von allen Parteien niedergestimmt wurden, sind Anträge gegen den Zollwucher bis heute noch nicht beraten worden.

Runter mit den Gehältern der hohen Bürokratie!

Die Kommunisten forderten Herabsetzung der Gehälter für Regierungsmitglieder und Direktoren der Staatswerke auf 6000 Mark jährlich. Mit Hilfe von SPD und Nazis wurden diese Anträge im Ausschuß begraben. Ein Antrag, die Heraufsetzung der Altersgrenze bei Beamten zu verhindern, weil Entlassung und Schädigung der unteren Beamten damit verbunden ist, wurde bis heute noch nicht beraten.

Gegen Arbeitermord und Polizeiterror!

Die Kommunisten beantragten u. a. Bestrafung und Entlassung der am Blutbad in Hartmannsdorf, bei dem 5 Arbeiter ermordet wurden, schuldigen Offiziere, Entschädigung der verwundeten Arbeiter und Zahlung eines Unterhaltes für die Hinterbliebenen. Sie forderten anläßlich der diesjährigen Erwerbslosendemonstration, Entfernung aller verhafteten Arbeiter, Einstellung der Verfahren, Erlaß bisher verhängter Strafen, Entschädigung bisher Verurteilter. Alle Anträge wurden nicht nur vom Bürgerblock und den faschistischen Arbeitermördern, sondern auch von der „linken" SPD niedergestimmt.

Nur einige wenige unserer Anträge sind im Vorstehenden angeführt. Sie zeigen den arbeitenden Massen, wie feindlich das bürgerlich-sozialdemokratische Parlament gegen sie eingestellt ist, daß nur die Kommunisten inner- und außerhalb des Parlaments für die arbeitende Klasse kämpfen. Sie zeigen aber vor allem, daß nur die außerparlamentarische Klassenfront des Proletariats, nur Streiks und revolutionäre Massenaktionen die Lebensforderungen der arbeitenden Klasse durchsetzen werden.

Alle Anträge wurden von den Feinden der Werktätigen im Sächsischen Landtag niedergestimmt!

Rechnet ab am 22. Juni:

Wählt Kommunisten

Wählt Liste 3